

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei anderen ausm. Vertretungen monatl. 3.80 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post monatl. 4.20 M., vierteljährlich 12.60 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsabnehmern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Risselstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: Die 42 mm breite Reklamzeile 00.3, die 90 mm breite Reklamzeile 2.— M.; außerhalb: 75 Pf. bezm. 4.— M., Ausland 2.— bezm. 6.— M. Nebst 11. Tarif. Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 184

Dienstag, 20. April 1920.

74. Jahrgang

Eine deutsche Note.

Ueber die Einwohnerwehren.

Die deutsche Regierung richtete an den Vorsitzenden des internationalen Untersuchungsausschusses für das Landrecht, General Nollet, eine Note, in der sie zu der Entente note vom 12. März Stellung nimmt und betont, daß diese Note von unzureichenden Voraussetzungen über den Aufbau und den Zweck der Einwohnerwehr ausgehe. Es heißt in der deutschen Note u. a.:

Die Einwohnerwehren wurden in den Wirren des vorläufigen Jahres von den ordnungsliebenden Elementen in Stadt und Land zu dem Zweck gegründet, durch Unterdrückung der geringen militärischen Kräfte und der berufsmäßigen Polizeikräfte die Heimat vor vollständiger Auflösung der Ordnung zu bewahren und gesetzmäßige Zustände zu sichern. Bei der Gründung, wie bei dem Ausbau und der Einrichtung ist jeder Gedanke an eine Verwendung zu militärischen Zwecken, insbesondere zur Vorbereitung des Kampfes gegen die ausländischen Gegner ausgeschlossen gewesen. Auch ist jegliche Sicherheit gegen einen Mißbrauch dieser Organisation in jeder Hinsicht gegeben. Bedingt dem unter Verfeinerung der tatsächlichen Verhältnisse aufgeworbenen Druck der alliierten Regierungen weichen, hat sie sich nunmehr entschlossen, die Auflösung der Wehren in ihrer jetzigen Form zu veranlassen. Die deutsche Regierung vermag aber nicht anzuerkennen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages sie zwingen, der Bevölkerung jede Möglichkeit des unter den gegebenen Verhältnissen bis auf weiteres unbedingten nötigen Selbstschutzes zu verweigern. Sie erachtet es vielmehr als ihre Pflicht, alle mit dem Friedensvertrag zu vereinbarenden Maßnahmen zu Gunsten eines solchen Selbstschutzes zu treffen. Die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit Deutschlands ist die Hauptvoraussetzung dafür, daß den Bedingungen des Friedens nachzukommen werden kann. Es wird geprüft werden, welche zulässigen Einrichtungen weiter dem gekennzeichneten Zweck dienen könnten. Dabei wird das Hauptansehen darauf zu richten sein, daß der lokale Charakter gewahrt bleibt, und auch in Zukunft jede Zentralisation und jede militärische Organisation und Ausbildung vermieden wird.

Verkehrseinschränkungen in Aachen.

Aachen, 19. April. Die Interalliierte Rheinlandkommission verbietet zur Sicherung der Besatzungstruppen und wegen Ausbreitung von Epidemien gegen die Besatzungstruppen bei Kundgebungen am 17. April die Abhaltung von Versammlungen politischer oder sonstiger Natur bis zum 17. Mai sowie Ansammlungen von über fünf Personen. Die öffentlichen Plätze, Theater usw. sind während einer Woche abends um 9 Uhr zu schließen.

San Remo.

Ueber die erste Sitzung meldet Havas:

Die erste Sitzung des Obersten Rates war der Prüfung des Vertrages mit der Türkei gewidmet. Der Oberste Rat hat beschlossen, definitiv die Meerengen an internationalisieren und in Konstantinopel Truppen zu halten, um zu vermeiden, daß in Zukunft die türkischen Staatsmänner ihr Volk verwirren und dadurch von neuem eine Gefahr für ihre Nachbarn und die Alliierten werden. Der Oberste Rat lehnte auch den Anhalt der Antwortnote an Wilson seit, der bezüglich des Schicksals der Türkei eine Note an ihn gerichtet hatte.

Der Korrespondent des „Matin“ in San Remo telegraphiert seinem Blatt, die Antwort des Obersten Rates auf die Note des Präsidenten Wilson sei korrekt, trage aber dem Rechnung, daß die Vereinigten Staaten dem osmanischen Reich niemals den Krieg erklärt hätten, ja, es sogar ablehnten für Maßnahmen verantwortlich zu sein, die die Folgen des Vertrages notwendig machen. Kurz gesagt, die Antwanen Wilsons werden nicht befolgt.

Die Konferenz von San Remo ist gestern eröffnet worden. An der Konferenz, deren Mitglieder den Obersten Rat der Entente darstellen, nehmen teil: die Ministerpräsidenten von England, Frankreich und Italien; ferner ein Vertreter Spaniens. Die Vereinigten Staaten bleiben der Konferenz fern.

Von der russisch-polnischen Front.

Warschau, 19. April. In Polen (Litauen) gingen unsere Abteilungen zum Angriff über in der Absicht, die feindlichen Truppenkonstellationen zum Stocken zu bringen. Der Versuch glückte, wobei wir noch sieben Kanonen und 40 Maschinengewehre erbeuteten.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

San Francisco, 19. April. Der „New York Times“ meldet dröhnend aus New-York vom 18. April: Die Forderung auf eine sofortige Beilegung des Eisenbahnerstreikes wurde aufgegeben, da von der Streikleitung mitgeteilt wurde, daß diese außer den ursprünglichen noch weitere Forderungen erhoben hätte.

Aus deutschen Gauen.

Severing über die Lage im Westen.

Der preussische Minister des Innern Severing äußerte sich über die Möglichkeit, die für ein Herausziehen der Truppen aus dem Ruhrrevier und deren Erziehung durch andere Sicherheitsorgane vorhanden ist. Minister Severing erklärte:

Die Rückführung der Truppen hat bereits begonnen. Die zivilen und militärischen Stellen sind nicht der Meinung, daß schon eine volle Beruhigung eintreten ist, welche diese Zurückführung ermöglichen würde. Aber die militärischen Stellen sind auch verpflichtet, auf die außenpolitische Situation Rücksicht zu nehmen. Die Entente hat darauf bestanden, daß bis zum 19. April eine erhebliche Verminderung der Truppen herbeigeführt werde. Dieser Forderung ist dadurch Rechnung getragen worden, daß eine größere Anzahl der Mannschaften und der Batterien aus der neutralen Zone herausgezogen wurde. Erlass wird wo es besonders erforderlich erscheint, von der grünen Polizei gestellt. Die im Viesfelder Abkommen erwähnten Ortswehren waren seinerzeit als ein Nothelfer gedacht, der verhüten sollte, daß besonders bedrohte Städte und Ortschaften ohne Schutz blieben. Nach den Kundgebungen der Entente unterliegt es keinem Zweifel, daß die Ortswehren den Einwohnerwehren gleichnamig sind. Eine Aufstellung von Ortswehren in diesem Ausmaß vorzunehmen, halte ich deswegen für unannehmlich. Ich halte es deswegen nach wie vor für das Zweckmäßigste, wenn möglich bald eine Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolgt. Gleichzeitig mit der Vermehrung muß eine wirklich demokratische Reorganisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Den Abteilungsstellen werden Zivilkommissare beigegeben. Die Reformen beschränken sich selbstverständlich nicht auf den Ruhrbezirk allein, sondern werden im gesamten Körper der Sicherheitspolizei vorgenommen.

Auf die Frage nach dem Stand der Waffenablieferung im Ruhrrevier erklärte der Minister, daß verlässliche Sicherheiten noch nicht vorlägen. Soviel könne man jedoch sagen, daß das Ergebnis bis jetzt sehr unbefriedigend sei. Im Ruhrbezirk sei die Waffenabgabe um seinen Grad besser gewesen als in den nördlichen Kreisen der Regierungsbezirke Aachen und Düsseldorf, obwohl nach der Flucht vieler tausender bewaffneter Arbeiter mehrere Dutzend der nördlichen Landeswaffenarsenale hätten sein müssen. Die größte Sorge bereite der Verfall im Augenblick die Behandlung der flüchtigen Arbeitermassen. Einige tausend Arbeiter hielten sich in den Städten Eberfeld, Barmen, Remscheid und Solingen auf. Der Rücktransport sei nicht ganz leicht zu bewerkstelligen, weil viele Flüchtlinge die Angabe ihrer Personellen verweigerten. Ob die Rückkehr der zum Teil noch immer bewaffneten Flüchtlingsscharen so leicht und reibungslos erfolge, das eine weitere Beunruhigung des Grenzlandes ausgeschlossen erscheine und damit der Einmarsch sich erübrige, sei noch nicht abzusehen.

Wie die „Vossische Zeitung“ aus Gelsenkirchen meldet, zeigen die Betriebswahlen im dortigen Bezirk auf allen Seiten ein starkes Anwachsen der äußersten Linken.

Die gespannte Lage im schlesischen Osten.

Oppers, 19. April. Beamte und Arbeiter haben eine neue Forderung aufgestellt: von der Einführung des Pazwanges in Oberschlesien soll abgesehen werden, um der Abwanderung vom Deutschen Reich vorzubeugen. In den geistigen ober-schlesischen Protestversammlungen der Gewerkschaften und Verbände der Arbeiter und Beamten forderten die Redner Beteiligung an den Wahlen zum Reichstag und Landtag und an der Wahl des Präsidenten, ebenso die Einführung des Betriebsrätegesetzes.

Nord und Süd.

Das „Heidelberger Tageblatt“ wendet sich energisch gegen die immer wieder veröffentlichte Behauptung, Süddeutschland sei zum Abfall von Norddeutschland bereit, und betont: Wir sagen es laut unseren Brüdern im Norden, so laut, daß die Franzosen es hören können: es sind Hirngespinnste, und es ist bärer Unfug, behaupten zu wollen, Süddeutschland sei auf Abwegen. Ja fast eine Beleidigung. In Baden und in Württemberg denkt kein Mensch mit seinen gesunden fünf Sinnen daran, das gesamte Werk Bismarcks anzufechten. Was Bayern betrifft, so mag man doch dem dort immer härter gebliebenen Partikularismus nicht auch noch Vorwanddienste leisten. Man möge doch genau prüfen, welche und wie große Volksteile dort hinter den Sonderbestrebungen stehen.

Auslieferungsbegehren gegen Holz.

Dresden, 20. April. Aus Prag wird berichtet, daß eine tschechische Kommission, die in Garmisch einetroffen ist, als den Ruhrhauptmann von Falkenstein festgesetzt hat. Die tschechische Regierung wird das Auslieferungsbegehren an der Tschecho-Slowakei stellen.

Matrosenhundebungen in London.

Amsterdam, 19. April. Aus London wird von einer Hundebung, die demobilisierte Matrosen und Soldaten im Hundepark abhielten gegen die Haltung der Regierung gegen ihre Forderungen berichtet.

Parteilpolitische Neuorientierung von Parlamentariern.

Deutschnationale Partei und Volkspartei.

Die Nachricht, daß der bekannte konservative Parlamentarier von Kardorff aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten sei und sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen habe, bewahrheitet sich nicht nur, sondern wird noch durch die weitere Meldung ergänzt, daß die weiteren Politiker Dr. Otto Arndt, von Dewitz und van der Brück sich Herrn von Kardorff angeschlossen haben. In der Austrittserklärung dieser Herren heißt es u. a.:

„Das Werden einer einheitlichen Volksgemeinschaft ist für die Wiedergewinnung des zusammengebrochenen Vaterlandes unerlässlich. Die erste Voraussetzung für die Errichtung dieses Ziel ist das Zusammenwirken der Parteien auf mittlerer Linie, das uns besonders am Herzen liegt. Wenn wir auch wissen, daß unsere Auffassung von vielen und auch vom leitenden Männern der Deutschnationalen Volkspartei geteilt wird, so haben wir doch mit Bedauern feststellen müssen, daß einflussreiche Persönlichkeiten und vor allem die dieser Partei nahestehende Presse einen agentenähnlichen Standpunkt vertreten. Nachdem uns von der Deutschen Volkspartei die Gewissheit gegeben ist, daß diese unsere Auffassung in ihrem Reichen ungeteilte Zustimmung findet, lösen wir unsere Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei und treten zu der ihr nahestehenden Deutschen Volkspartei über.“

Dem Austritt des Abg. v. Kardorff und der anderen Herren aus der Deutschnationalen Volkspartei ist, wie dem „Volks-Anzeiger“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, gelegentlich der letzten internen Sitzung eine bewegte Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Bismarck und der Gruppe von Professor Boeckh vorangegangen. Vom Interesse ist es in diesem Zusammenhang noch, daß Graf Bismarck die Übernahme eines Abgeordnetenmandates abgelehnt hat.

Aus der Demokratischen Partei.

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, hat Herr von Payer eine Wiederwahl unter Hinweis auf sein hohes Alter abgelehnt.

Nach einer Berliner Meldung hat Dr. Friedberg den Vorsitz in der Demokratischen Partei unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt.

Das Zentrum gegen eine Kandidatur Erzbergers.

Der Reichsausschuß des Zentrums hat sich gestern mit überwiegender Mehrheit gegen eine Reichstagskandidatur Erzbergers ausgesprochen.

Gemeindewahlen in der Pfalz.

Gute Erfolge der Deutschen Volkspartei.

Ludwigshafen, 19. April. Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen hatten hier eine Beteiligung von etwa 50 bis 60 Prozent aufzuweisen. Die Linkspartei schritt geschlossen zur Wahlurne. Das Ergebnis waren hier für die Deutsche demokratische Partei 4 Sitze (3315 Stimmen), für die Deutsche Volkspartei 5 (4109), das Zentrum 7 (5744), die sozialdemokratische Partei 12 (9368) und die Unabhängigen 12 (9068). In Landau erhielten die Deutsche Volkspartei 9, das Zentrum 8, die Sozialdemokraten 6, die Demokraten 5 und die Gastwirte 2 Sitze. In Neustadt wurden bei 70 Prozent der Beteiligung gewählt 7 Demokraten, 5 Deutsche Volkspartei, 5 Zentrum, 8 Mehrheitssozialisten, 3 Unabhängige und 2 vom Gewerkschaftsbund. In Frankenthal betrug die Wahlbeteiligung 83 1/2 Prozent. Die Sozialdemokraten erhielten 12, die Unabhängigen 4, das Zentrum 5, die Demokraten 3, die Bürgerliche Vereinigung 4, die Deutsche Volkspartei 3, der selbständige Handwerkerbund und der Schützverein für Handel und Industrie je 2 Sitze. Speyer: Deutsche Volkspartei 4, Demokratische Partei 4, Zentrum 8, Sozialdemokraten 9 und Unabhängige 5 Sitze. Birkenfeld: Unabhängige 8, Deutsche Volkspartei 7, Demokraten, Zentrum und Mehrheitssozialisten je 5 Sitze. Kaiserslautern: Wahlbeteiligung etwa 60 Prozent. Ergebnis: Unabhängige 12 Sitze (5799 Stimmen), Sozialdemokraten 7 (3683), Zentrum 6 (3041), Demokraten 6 (3006), Deutsche Volkspartei 9 (4882).

Kapp in Schweden.

Kapp ist noch immer in Untersuchungshaft in Stockholm. Eine Neuierung des Staatsministers Branting deutet darauf hin, daß er wahrscheinlich bald freigelassen werden wird. Auf eine Anfrage äußerte sich Branting dahin, daß das Asylrecht sicherlich aufrechterhalten werde.

In dem Ausfall über Preußen.

In Nummer 181 befanden sich zwei Druckfehler, die wir auf Wunsch des Verfassers richtigstellen. Statt Panzellen muß es Bomerellen und statt Rulardn Rulawien heißen.

